Nr. 355 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 31. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.22, vierteljährl. Kr. 6.66; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47. Nach d. Auslande in Ausgb. A monatl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Umbildung der Regierung

Die Entspannung in Berlin

Das politische Barometer der Reichshauptstadt stand noch in der Nacht zum Sonntag so tief, daß die Befürchtungen, es seien neue schwere Stürme zu erwarten, nur allzu gerechtfertigt erschienen. Aber die gegenwärtige oberste Kontrollinstanz, der Zentralrat, hat sich nach eingehender Beratung für Ebert, Scheidemann und Landsberg und gegen die Unabhängigen und den Zwiespalt in der Reichsleitung entschieden und weiter zusammen mit der Regierung bestimmt, daß drei bekannte Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Partei, Noske, Loebe und Wissel an Stelle der aus dem Kabinett ausscheidenden drei Mitglieder der Unabhängigen treten sollen. Noske, eines der bekanntesten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, der in den schwierigsten Tagen in Kiel ordnend und beruhigend wirkte, sowie der frühere Abgeordnete Wissel, der zuletzt im Wahlkreis Niederbarnim mit großer Majorität über die Unabhängigen siegte, haben die Wahl angenommen, während Loebe, der Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht", nicht in die Regierung eintreten will, weil ihm nach seiner Meinung die entsprechenden praktischen und parlamentarischen Erfahrungen fehlen und weil er sein Verbleiben in Breslau für notwendig hält. Entscheidend ist für den Zentralrat offenbar gewesen, daß die Unabhängigen die Fragen, ob sie für Sicherheit des Lebens und des Privateigentums, für Ordnung und Ruhe die Verantwortung übernähmen, unbeantwortet gelassen haben. Aber es ist bezeichnend für die Art, wie sich der Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung vollzogen hat, daß nach der offiziellen Erklärung Dittmanns noch einmal Haase sprach und erklärte, er wolle „dem ausdrücklichen Wunsch Ausdruck geben, daß nach dem Ausscheiden der Unabhängigen die Regierung in der Lage sein möge, die Regierungsgeschäfte wirksam zu führen und eine kraftvolle, nach außen und innen völlig geachtete und gesicherte Regierung darzustellen". Das sieht nicht aus, als ob die besseren Köpfe der Unabhängigen irgendwelchen Terrorismus billigten. Es kann kaum ein Zweifel darüber bleiben, daß Haase und Dittmann ganz korrekt die Folgerungen aus der Abstimmung des Zentralrates gezogen haben, deren Anerkennung ja ebenso gewiß gerade aus den Worten Haases hervorgeht.

Die Mehrheitssozialisten haben also, soweit von einer parlamentarischen Abstimmung unter den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen die Rede sein kann, einen vollen Stimmensieg errungen, der noch gewaltig vergrößert wird durch die ungeheure Demonstration der Berliner Volksmassen, die die Wetterzeichen von Sonnabend nacht am Sonntag vormittag Lügen strafte. Es liegen uns von verschiedenen Mitarbeitern Schilderungen der Massenumzüge, der Kundgebungen an der Siegessäule und vor dem Reichstagsgebäude vor, die erkennen lassen, daß man auch in Berlin die Diktatur einer Minderheit mit den Mitteln des Schreckens satt hat und daß auch die Spartakus-Leute trotz dem Zulauf jener gerade in Berlin in Mengen vorhandenen unsicheren Elemente, die immer dem wildesten Rufer zu folgen bereit sind, gegen diese gewaltige Volkskundgebung so wenig aufkommen konnten, daß allen heimlichen Maschinengewehren zum Trotz bis auf einen unbedeutenden Zusammenstoß die Ruhe gewahrt blieb, obwohl allein die Anhänger der alten Sozialdemokratie auf der Straße mehrere hunderttausend Mann stark waren. In den uns vorliegenden Berichten wird die Zahl der Demonstranten, die gegen die Versuche der Gewaltherrschaft einer Minderheit Widerspruch erhoben, auf fast eine halbe Million angegeben. Die an der Kundgebung beteiligten Anhänger der Deutschen demokratischen Partei, die fast ohne Vorbereitung gleichfalls in geschlossenem Zuge an der Siegessäule erschienen, werden auf 90—100 000 geschätzt. In dem Zuge der Sozialdemokraten wurden Schilder getragen, auf denen zu lesen war: „Nieder mit Liebknecht!" „Gegen Mord und Brand!" „Gegen jeden Terror!" „Schützt euer Wahlrecht!" Im Zuge der bürgerlichen Demokraten zeigten sich die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Als sich die beiden Züge trafen, grüßten sie sich, und die Massen brachten stürmische Hochrufe auf die Nationalversammlung aus. Noch am Morgen hatte das Organ der Spartakus-Leute, die „Rote Fahne", verbreitet, „die gesamte bürgerliche Presse und der „Vorwärts" hätten ihren Gesolgschaften die schlimme Order gegeben, bewaffnet zu erscheinen", und hieran hatte die „Rote Fahne" entsprechende Aufforderungen geknüpft. Aber in den Reihen der Hunderttausende von Menschen, die für Freiheit und Ordnung auf die Straße gegangen waren, gab es keine Waffen, und es wurden trotzdem alle etwa beabsichtigten verbrecherischen Eingriffe durch die Gewalt dieser Kundgebung niedergehalten. Uebereinstimmend besagen alle Darstellungen, daß eine so gewaltige Demonstration in Berlin noch niemals dagewesen ist, daß man solche Volksmassen noch nie beisammen gesehen hat, daß der Gesamteindruck derartig überwältigend war, daß sich kaum einen Begriff davon machen könne, wer nicht Augenzeuge gewesen sei. Erst gegen 6 Uhr abends leerten sich infolge des Regens die Straßen, gingen die Massen immer noch unter Hochrufen auf die Nationalversammlung auseinander.

Fast so bezeichnend wie die Worte Haases an die in der Regierung verbleibenden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erscheint in diesem Augenblick ein Artikel Kautskys in der „Freiheit", dem Organ der Unabhängigen, in dem er scharf Stellung nimmt gegen die sogenannte „Weitertreibung der Revolution", bekanntlich ein beliebtes Thema der Spartakusgruppe. Sein Programm deckt sich in diesem Artikel fast überall mit dem der Mehrheitssozialisten. Er wendet sich gegen die Ueberstürzung der Sozialisierung und sagt, ein Sieg der Spartakusleute bedeute die Herrschaft der Unorganisierten über die Geordneten, der Unwissenden über die Unterrichteten, der Dummheit über die Intelligenz, der Selbstsucht über die Selbstlosen und der Anarchie über die Ordnung. Die von ihnen beliebte Weiterführung der Revolution diene nichts andres, als die Revolution degradieren, und diese Degradation wäre nur ein Vorstoß zu völligem Ruin. Eine Sekte des Proletariats, die nur ans Ruder zu kommen vermöge durch die Herbeiführung aller haotischen Faktoren — heißt es weiter in dem Artikel —, gräbt der Revolution selbst das Grab.

Man hat dem allem gegenüber keinen Grund zum Optimismus, da niemand sagen kann, was die Terroristen weiter versuchen. Aber eins steht fest: die Volksbeauftragten haben nunmehr volle Einigkeit im Kabinett, die großen Volksmassen Berlins haben ihnen eine Vertrauenskundgebung bereitet, wie sie selten eine Regierung erlebt hat; und wenn schließlich selbst der Führer der Unabhängigen nun dem Kabinett den Wunsch ausspricht, es möge die Regierungsgeschäfte wirksam führen und nach außen und innen eine kraftvolle Politik führen, so muß sich die Regierung nunmehr auch ihrer vollen und großen Verantwortung bewußt werden, die eben zu einer starken Politik nach innen und außen notwendig ist. Das gilt insbesondere für den Ostschutz, für die trotz dem Waffenstillstand andauernden Angriffe der Polen auf deutsches Gebiet und für die Beseitigung des von unsozialen Elementen geführten Aufruhrs auf den Kohlengruben, von deren Betrieb das Schicksal der Arbeiterschaft, der Industrie, das Leben aller Deutschen abhängt, ganz abgesehen davon, daß auch heute wieder Clemenceaus Pariser Zeitung unzweideutig zeigt, daß man bereits zu weiteren Besetzungen der neutralen Zone wegen der Unruhen alles vorbereitet und auch sonst geneigt ist zu Eingriffen in die deutsche Selbstverwaltung.

Nun muß die Regierung zeigen, daß sie lebt. Nun kann sie nach den Kundgebungen des Zentralrates und der Berliner Volksmassen und nachdem sie aus ihrer Partei das ganze Kabinett besetzt hat, nicht mehr, wenn sie versagen sollte, auf die Schuld andrer hinweisen. Stärker, als sie heute ist, kann sie gar nicht werden. Das Bekenntnis des Führers der Unabhängigen zu der Notwendigkeit einer kraftvollen und starken Regierungspolitik muß der Regierung u. a. sagen, daß sie nötigenfalls alle Machtmittel einsetzen muß, um die Freiheit und das Reich und das schwergeprüfte deutsche Volk nach innen und außen zu schützen.

•

Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung?

* Berlin, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Korresp.-Ges." meldet: Wie wir erfahren, beabsichtigen die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, die Konsequenzen aus dem Rücktritt der Unabhängigen von der Reichsleitung auch für Preußen zu ziehen. Wichtige Personalveränderungen, besonders in der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums, sind schon für die nächsten Tage zu erwarten.

•

Die neuen Volksbeauftragten

* Berlin, 30. Dezember. Die neue Reichsregierung hat während des ganzen gestrigen Sonntagnachmittags ihre erste Sitzung abgehalten, in der vor allem das Programm und die nächsten notwendigen Maßnahmen festgestellt und durchgesprochen wurden. Die neueingetretenen Mitglieder des Kabinetts nahmen an den Beratungen teil, in denen bestimmt wurde, daß Scheidemann die auswärtigen Angelegenheiten, Noske die militärischen und Wissel die sozialpolitischen Aufgaben übernehmen sollen. Es wird bei dieser Gelegenheit aufs neue darauf hingewiesen, daß es sich hier lediglich um eine Arbeitsteilung innerhalb des Kabinetts handelt, durch welche die Zuständigkeit der Reichsämter in keiner Weise berührt wird. Wie die „Voss. Ztg." hört, hat Redakteur Loebe seine Berufung in die Reichsleitung abgelehnt, da gegenwärtig seine Tätigkeit in Breslau notwendig ist. Er fühlt sich auch deshalb für die angebotene Stelle nicht geeignet, weil er früher keiner der großen parlamentarischen Körperschaften in Preußen oder im Reiche angehört habe. Die Besetzung dieses Postens ist noch offen. Man hatte auch die süddeutschen Politiker Auer und Keil in Aussicht genommen, die aber ihre Ministerposten in München bzw. Stuttgart nicht verlassen wollen. Wie die „Voss. Ztg." weiter hört, wird auch daran gedacht, den bisherigen Abgeordneten Bernstein zum Gesandten in Bern zu ernennen. Der Austritt der Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten dürfte zur Folge haben, daß auch ihre Parteigenossen aus den andern Reichsämtern ausscheiden; ob auch aus den preußischen Ministerien, steht noch nicht fest.

•

Weitere Beratungen des Zentralrates

+ Berlin, 30. Dezember. (Priv.-Tel.) Wie die „B. Z. am Mittag" hört, hat der Zentralrat bis zu diesem Augenblick sich noch nicht entschieden, ob die Zahl der Volksbeauftragten nach der Ablehnung der Berufung durch Loebe-Breslau auf fünf belassen oder doch auf sechs erhalten werden soll. In den Kreisen des Zentralrates sieht man die erstere Lösung vor und ist eifrig auf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten, der unbedingt aus Süddeutschland berufen werden soll. Das neue politische Programm ist noch nicht festgestellt. Der Zentralrat wird sich heute allein und in einer für morgen einberufenen Sitzung gemeinsam mit den Volksbeauftragten mit der endgültigen Feststellung beschäftigen und die Entscheidung in allen dringenden politischen Fragen herbeizuführen suchen.

Die Maßnahmen der Entente gegen den Bolschewismus

g. Genf, 30. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Homme libre" schreibt: Im besetzten Gebiet sind Sendboten der Berliner Bolschewisten festgenommen worden. Ihre Aburteilung erfolgt durch Kriegsgerichte der Alliierten. Wiederholen sich diese Vorkommnisse, so werden die Alliierten die Auslieferung der Berliner Bolschewikileiter genau so verlangen, wie sie die Auslieferung des Exkaisers von Holland fordern. — „Daily Telegraph" meldet aus Paris: Die Beratungen des Kriegsrates in Versailles in letzter Woche betrafen die Sicherungsmaßnahmen gegen den deutschen Bolschewismus an den Grenzen der besetzten Gebiete. Es wurde die Verstärkung der Besetzung der Alliierten um insgesamt vier Divisionen beschlossen. Besondere Instruktionen wurden den Befehlshabern der Besatzungstruppen gegeben. — „Daily Telegraph" meldet aus Manchester: Der Arbeiterbund von Manchester hat die Bildung eines Arbeiterrates nach russischem Muster beschlossen. „Daily Telegraph" schreibt dazu: Die Welle des Bolschewismus greift immer mehr auch nach England über, wenn wir mit seiner Bewegung in Deutschland nicht endgültig und durchgreifend Schluß machen.

•

Bereitstellung feindlicher Truppen gegen Unruhen in Deutschland

kg. Berlin, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen über Zürich werden in Innsbruck große italienische Truppenmassen konzentriert. Allein in der letzten Woche sind drei neue italienische Divisionen in Tirol eingetroffen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Truppenansammlungen gegen München und Süddeutschland gerichtet sind, um im Falle von bolschewistischen Unruhen Besetzungen in Süddeutschland vorzunehmen.

Auch Clemenceaus Blatt „Homme libre" meldet: Bolschewistische Unruhen in der neutralen Zone haben zu neuen Verhandlungen der Alliierten geführt, die die militärische Sicherungsbesetzung der neutralen Zone zum Ziele haben. Die sofortige Aufhebung der für die Unruhebewegung verantwortlichen A.- und S.-Räte in dem ganzen neutralen Gebiete wird die nächste Forderung der Alliierten sein.

Der Abtransport der Truppen

X Berlin, 30. Dezember. Bericht der deutschen Waffenstillstandskommission: Nach dem Stande vom 28. Dezember waren bisher im Westen abtransportiert 123 Divisionen. Es sind zur Zeit im Westen noch 66 Divisionen vorhanden, davon 28 geschlossen, 34 im Abtransport, 8 im Abmarsch in ihre Demobilisierungsorte.

Im Osten ist Friedrichstadt nach russischen Angriffen von unseren Truppen geräumt worden. Vom Armeeoberkommando 10 wird noch gemeldet: Eine deutsche Patrouille erhielt bei Uapowo von polnischen Truppen heftiges Feuer. Protest gegen die Grenzverletzung wird eingeleitet, da Uapowo auf dem Ostufer des Narew liegt und somit zu Litauen gehört.

Was geschieht in Bukarest?

+ Wien, 30. Dezember. (Priv.-Tel.) Wie der Wiener „Montag" über Budapest aus Bukarest erfährt, bereiten sich dort merkwürdige Dinge vor. Die Bukarester Buchdrucker sind in den Streik getreten und die Blätter erscheinen nicht. Es verlautet, daß ein Generalstreik politischen Charakters ausgebrochen ist. Take Jonescu, der gestern aus Paris heimgekehrt ist, hat die ihm angebotene Kabinettsbildung vorläufig nicht angenommen.

Großer Wahlsieg der Imperialisten in England

Während Wilson in London im Buckingham-Palast, im Mansion-House und vor einer seinen versöhnlichen Ideen geneigten Abordnung über den gerechten Frieden eindringlich sprach, bereitete sich in den Wahlen vor, was als Gegenäußerung der Engländer auf der Friedenskonferenz vernehmbar werden wird — ein großer Sieg der vereinigten Unionisten und Liberalen, also der Politik Lloyd Georges, während die Gegner der imperialistischen Koalition, insbesondere die programmtreu gebliebenen Liberalen und diejenigen Arbeitervertreter, die gegen reine Macht- und Eroberungspolitik sich wenden, tief unterlegen sind. Adamson, Ramsay Macdonald, Snowden sind geschlagen, Lloyd George dagegen wiedergewählt. Nur die Sinnfeiner und irischen Nationalisten haben besser abgeschnitten. Unser Korrespondent im Holland bestätigt die

völlige Niederlage der Arbeiter und Friedensfreunde

v Rotterdam, 29. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die letzten englischen Wahlmeldungen bekräftigen den Eindruck, daß die unter Snowden und Macdonald stehende und für einen ehrlichen Frieden mit dem deutschen Volke agitierende unabhängige Arbeiterpartei als zusammengebrochen anzusehen ist. Macdonald wurde von der Regierung den Wählern wegen angeblicher Beziehungen zu den Gegnern des Frauenstimmrechts verdächtigt. Die Mehrheit der wahlberechtigten Soldaten stimmte nach den „Daily News" für die Regierung und für die Lloyd George treugebliebenen Kandidaten der Arbeiterpartei, die für eine schwere Kriegsentschädigung Deutschlands eintreten. Viele liberale Kandidaten wurden als „zu den deutschen Unabhängigen Sozialisten Gehörige", andre Genossen Macdonalds als „verkappte Bolschewisten" bezeichnet. Dies genügte, daß sie mit den gleichfalls wegen ihrer Beziehungen zu den Pazifisten der Gruppe Snowden Gehörigen im Stiche gelassen wurden. Northeliffes Presse widmet dem neuen Parlament begeisterte Worte.

Wer etwa noch geglaubt hat, daß das englische Volk der festen Hand seiner imperialistischen Führer entgleiten könne, wird schmerzlich darüber belehrt, daß es jenseits des Kanals nur kühlste Realpolitik gibt. Nach den heute weiter vorliegenden Meldungen sind die Sozialisten völlig unterlegen und die Arbeiter, die zu Lloyd George halten, tragen die große Stimmenmehrheit ihrer Kreise. Wird Wilsons Ideenkraft an dem Ergebnis dieser Wahlen und seinem Einfluß auf die Friedensgestaltung etwas ändern oder bessern?

Debatte in der französischen Kammer

X Bern, 29. Dezember. Die hochgespannten Erwartungen, die sich an die gestrige und vorgestrige Sitzung der französischen Kammer geknüpft hatten, haben sich bisher nicht erfüllt. Die Ausführungen Cachins, der als erster Interpellant die Rednertribüne bestieg, bildeten auch den Höhepunkt. Ueber die Frage der künftigen Beziehungen zur deutschen Republik sagte Cachin u. a.: „In Elsaß-Lothringen zeigen sich gewisse Kreise sehr beunruhigt über die Beziehungen, die Frankreich mit dem Feinde haben werde. Die Kreise wollen nicht, daß gegen Frankreich derselbe Protest erhoben werden könne, der gegen Deutschland 50 Jahre lang erhoben worden ist. Kein einziger Deutscher kann gegen seinen Willen annektiert werden. Es handelt sich hier um Annektierung oder Nichtannektierung des linken Rheinufers und des Saarbeckens. Von einer Annektierung wollen wir nichts wissen."

Ein Deputierter rief: „Der Ausschuß für Auswärtiges hat das Saarbecken einmütig gefordert, man hat die Frage von einem Plebiszit abhängig gemacht!" Cachin erwiderte: „Jawohl, aber die beiden Sozialisten des Ausschusses haben sich gegen die Annektierung gewendet. Schließlich erklärte Cachin, kein Volk dürfe für Handlungen verantwortlich gemacht werden, für die es nicht verantwortlich sei. Der Völkerhaß müsse schwinden, der Völkerfrieden müsse kommen. Er verlange von der französischen Regierung, daß sie bei den Friedensverhandlungen auf die Gewalt verzichtet, die das Verderben der Feinde war.

Die sozialistischen Mitglieder des Heeresausschusses der französischen Kammer, die infolge von Unstimmigkeiten mit dem Vorsitzenden Renaud aus dem Ausschuß ausgetreten waren, haben ihren Rücktritt zurückgezogen, weil durch die Erklärung, daß Clemenceau vor dem Ausschuß über die Demobilmachung Rede stehen werde und in der Kammer die Frage nochmals erörtert werden soll, ihren Wünschen Genüge getan wurde.

Der Rücktritt Bissolatis

sch. Lugano, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Minister Bissolati tritt zurück wegen seines absoluten Widerspruches gegen Orlandos und Sonninos imperialistisches Friedensprogramm. Bissolati verlangt die unverfälschte Durchführung der Wilsonschen Leitsätze, namentlich den Völkerbund, die Freiheit der Meere, innere Reformen und selbständige Existenz aller Nationen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181231/1